



Jens-Martin Eriksen, Frederik Stjernfelt

Spiegel der Zukunft

Die Anatomie des Hasses

Eine umfassende Auseinandersetzung mit der Frage, wie nationale Bewegungen entstehen und politische Radikalisierungs- und Gewaltprozesse in Gang gesetzt werden. Jens Eriksen und Fredrik Stjernfelt untersuchen, unter welchen Bedingungen die Balkankriege ihren Lauf nehmen konnten, und welche Rolle die (Nicht)Beteiligung Europas dabei spielte: Der Handlungsunfähigkeit des Staates hätte, so Stjernfelt und Eriksen, eine souveräne Macht, die das Gewaltmonopol wiedererrichtet und die Zivilbevölkerung vor Angriffen schützt entgegenzutreten müssen. Im zweiten Teil werden die besondere Verkettung von Staat und Multikulturalismus im Falle Jugoslawiens beleuchtet. Multikulturalismus, so die Autoren, kann nur bestehen, wenn die verschiedenen Kulturen im Staat auch eine Quersumme und Grundlage von gemeinsamen Werten ergeben.

Zum Ausbruch der Kriege in Jugoslawien trugen viele Ursachen bei. Die Anatomie des Hasses setzt sich jedoch aus gegenwärtigen Kräften und nicht aus einem geheimnisvollen "uralten Hass" zusammen. Einerseits befindet sich ein Staat in einer wirtschaftlichen und politischen Krise, andererseits kämpfen nationalistische Programme gegeneinander und artikulieren sich dort, wo es im labilen Staat zu einem Vakuum kommt. Noch eindringlicher lösen sich die erwähnten nationalistischen Bewegungen in einzelne Organisationen, Personen und Handlungen auf. Typische Rekrutierungselemente jeder faschistischen Bewegung sind politische Beschlüsse, öffentliche Kampagnen, gleichgeschaltete und suggestiv arbeitende Massenmedien, Nationalisten an Universitäten und Akademien, militärische Entscheidungen über coupähnlichen Aktionen bis hin zu konkreter Logistik, geheime Lenkung paramilitärischer, aus Kriminellen und Mitgliedern des Lumpenproletariats bestehenden Einheiten. Dies ist die Anatomie des Hasses; ihre Bewegung verläuft im Wesentlichen von oben nach unten. Man kann von einer eigenständigen Politisierung sprechen. Politiker, Generäle, Redakteure, Journalisten, Intellektuelle und ihre Akteure setzen Untergebene in Bewegung und liefern fortwährend Interpretationen, die Handlungen in Gang setzen und die Unterstützung breiter Bevölkerungskreise gewährleisten oder zumindest ihre Passivität sicherstellen. Ist das Niveau einer gewissen Anzahl konkreter Gewalttaten erst einmal erreicht, wird eine entscheidende Grenze überschritten – der Prozess entwickelt sich fast von selbst. Der Staat ist zu diesem Zeitpunkt verschwunden, ein autonomes Gewaltmonopol existiert nicht mehr, der einzelne Bürger sieht sich gezwungen, die Sicherheit den Repräsentanten seiner jeweiligen ethnischen Gruppe zu überlassen. Diese Phase eskaliert in einen Radikalisierungsprozess, bei dem die Handlungen der anderen Beteiligten konstant als Feed-back einer dämonischen Dialektik fungieren. Obwohl es hinsichtlich des serbischen Nationalismus in Bezug auf Zeit, Ausprägung und Verantwortung keinen Zweifel gibt, spielen in der wechselseitigen Abwärtsspirale der Gewalt auch entsprechende Mechanismen

auf kroatischer und muslimischer Seite eine Rolle.

Der Hass verbreitet sich von der politischen Spitze in die Bevölkerung sehr viel rascher als auf dem umgekehrten Wege. Erst wenn die mehr oder weniger gegenseitigen Morde zunehmen, erreichen die ethnischen Ideologien ihre volle Entfaltung. Die ganze Zeit über haben sie als versunkenes Kulturgut existiert, eine Zeitlang wurden sie von den Medien, und vor allem vom Fernsehen aggressiv propagiert – aber erst Gewalt verleiht diesen Mythen Glaubwürdigkeit.

Betrachtet man die Dinge aus der Perspektive eines normalen, nicht fanatischen Serben, Moslem oder Kroaten, bedarf es nur weniger Morde an "ethnischen Genossen", also an Familie, Freunden, Bekannten, Ortsbewohnern, bis der Betreffende in die Anatomie des Hasses gezwungen wird, oder sich ihr aus eigenem Antrieb anschließt. Es ist offensichtlich, dass der Feind sich selbst ethnisch definiert und dass auch die Opfer ethnisch definiert sind. Im Kampf ums nackte Überleben muss man sich verstecken, und wenn schon der Name die Zugehörigkeit einer Person offenbart, die sich vielleicht niemals für ihre eigene Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe interessiert hat (Alija – der Moslem, Marko – der Serbe), kann man sich nur noch bei seinen eigenen Leuten verstecken. Vermutlich bedarf es nur weniger Gewalttaten, bis eine solche Logik viele besonnene Einzelne radikalisiert und sie dazu zwingt die Seite zu wählen – wenn auch nicht für einen aggressiven Angriff, so doch für eine Verteidigung. Auch ist einem die Identität derjenigen, die auf der anderen Seite stehen, nicht immer bekannt – handelt es sich um importierte paramilitärische Banden, um Nachbarn oder um beides? Einzig entscheidend ist das Überleben und die öffentliche Sicherheit.

In solch einem Fall ist die öffentliche Ordnung – für jede Staatenbildung eine Voraussetzung – verschwunden; es gibt keine Behörden mehr, die ein gewisses Maß an Sicherheit garantieren und das Überleben wird zur privaten Angelegenheit. Für Jasmina, die in Nevesinje nach den Überresten ihrer beiden ermordeten Kinder sucht, hat der Krieg auf diese Weise begonnen. Mostar war nicht mehr sicher, die Familie floh nach Süden zur Schwiegermutter, wo es, wie Gerüchte behaupteten, noch friedlich war und Moslems nicht verfolgt wurden. Dies traf nicht zu, Jasmina verlor dort Mann und Kinder und musste weiter fliehen. Selbstverständlich versteckte sie sich bei anderen Moslems, was sonst hätte sie tun sollen? Auf diese Weise radikalisieren Gewalttaten die Bevölkerung und spalten sie – selbst wenn die Initiative von außen gekommen ist und ihren Ursprung nicht unter den Ansässigen hatte – so, wie die ortsansässigen Serben von angereisten paramilitärischen Banden instruiert und bewaffnet und in die Logik der Gewalt gezwungen wurden.

Die Gewalttaten innerhalb der Zivilbevölkerung stehen in dieser Phase also im Mittelpunkt, sie sind Teil der "ethnischen Säuberung", jenes Begriffs, der diesen Konflikt kennzeichnete. Ein noch wichtigerer Bestandteil zur Organisation der Anatomie des Hasses waren – durch die Polarisierung der Bevölkerung des betreffenden Wohngebiets – Morde an Privatpersonen. Die banale Tatsache, dass die Anatomie des Hasses aus Menschen, aus ihren Handlungen und Affekten besteht ist bezeichnend. Selbstverständlich impliziert dies in vielen Fällen individuelle Schuld; mit denen sich der Internationale Gerichtshof für Kriegsverbrechen in Den Haag beschäftigt. Mag es auch außerordentlich schwierig sein, bindende Beweise für eine Politik zu finden, die nach der Devise "nothing on paper" geführt worden sein dürfte – davon kann man sich auf der ständig aktualisierten Website des Gerichtshofes überzeugen. Und noch problematischer birgt dies eine "Kollektivschuld" in

sich, wobei dieser Begriff richtig verstanden werden muß. Denn "kollektiv" heißt keineswegs, dass sämtliche Serben, Kroaten oder Moslems schuldig sind, ebensowenig wie jeder Deutsche an den Verbrechen des Nationalsozialismus schuldig war. Das Kollektive steckt vielmehr in den Tendenzen der Medien, Universitäten, Militär und Politik, die sich unabhängig von den Entscheidungen Einzelner verbreiten konnten. Viele wurden in unterschiedlichem Umfang Teil sozialer Strömungen; juristisch sind sie deswegen nicht zu belangen. Jedoch sind sie, wie Svetlana Slapsak feststellt, auf eine kulturelle Behandlung angewiesen, auf konstante, kritische Untersuchungen der Politik, Medien und des Bildungssystems, wie sie beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden haben und noch immer stattfinden – nicht aber in Serbien, wo bei einer kürzlichen Umfrage fast niemand auch nur ein einziges serbisches Kriegsverbrechen nennen konnte, und der Präsident nach wie vor leugnet, dass es unwiderlegbare Beweise für von Serben begangene Kriegsverbrechen gibt. Wäre eine solche Situation für die Bundesrepublik Deutschland sieben Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus vorstellbar gewesen?

Mit unserem Buch wollten wir einen Beitrag zu jener Kritik leisten, die erst dann effektiv wird und zivilisatorische Bedeutung erhält, wenn sie zur Selbstkritik der eigenen Gesellschaft wird. So sagt auch der Jurist Vojin Dimitrijevic: Wir brauchen junge Serben, die einen Film über Srebrenica machen.

Die multikulturelle Gesellschaft

Bosnien bietet auch auf dem politischen Niveau Perspektiven, weil es im europäischen Kontext eine Reihe aktueller politischer Fragen verdeutlicht und herausarbeitet.

"Multikulturalismus" war in den jugoslawischen Auseinandersetzungen das Schlagwort vieler wohlmeinender Kräfte – ganz so, als sei das Vorkriegs-Bosnien ein Elysium voll gegenseitiger Toleranz gewesen. Gegensätzliche Stimmen wie die Demokratin Svetlana Slapsak und der Nationalist Milorad Ekmečić haben uns gezeigt, dass dies nicht der Fall war. Ganz im Gegenteil handelte es sich um den stalinistischsten Teil des alten Jugoslawien – gerade weil jede nationalistische oder ethnische Äußerung beinhaltet verfolgt wurde und alle Ämter nicht nach Qualifikation, sondern nach einem politisch korrekten Schlüssel verteilt wurden – eine radikale Version der amerikanischen "affirmative action", die selbstverständlich das Vertrauen untergrub, dass Beamte ihren Ämtern überhaupt gewachsen sind. Die Misere Ex-Jugoslawiens verdeutlicht darum ganz akut die Frage nach Multikulturalismus und ethnischer Koexistenz – ja die Frage nach einer Beziehung zwischen Demokratie und Kultur insgesamt.

Multikulturalismus gilt in der Gesellschaft häufig als besonders "demokratische" Haltung: als das gleiche Recht aller Kulturen auf Entfaltung. Sozusagen eine Übertragung der Demokratie von individuellen auf kulturelle Beziehungen. Die Kriege in Bosnien lehren uns jedoch, dass der Multikulturalismus im schreienden Kontrast zu demokratischen Werten wie der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, der Menschenrechte und der Gleichheit aller vor dem Gesetz steht. Selbstverständlich bedeutet Multikulturalismus die Koexistenz mehrerer Kulturen in einer Gesellschaft. Wenn diese Kulturen ihren Angehörigen besondere Rechte einräumen, so liegt es in der Natur der Sache, dass Angehörigen anderer Kulturen diese Rechte vorenthalten werden. Der Multikulturalismus ist daher eher ein

Auflösungszeichen einer untergehenden Gesellschaft, dessen nächste Stadien Ghettoisierung und Aufteilung in verschiedene Nationen heißen. Wie Zygmunt Bauman es in seinem Buch *Gemeinschaften* formuliert, besteht im Multikulturalismus die Kehrseite der Toleranz im Recht auf völlige Gleichgültigkeit gegenüber anderen kulturellen Gruppen. Die nächste Stufe ist die Beendigung jeder Teilnahme an gemeinschaftlichen Aufgaben der Gesellschaft zum Vorteil der eigenen kulturellen Gruppe, wobei normale Verhaltens- und Umgangsformen verlorengehen. Die nächste Stufe ist erreicht, wenn es zu Konflikten zwischen den Gruppen kommt und man sich keiner anderen Verhaltensformen mehr bedient als der Gewalt, weil normales privates und demokratisches Verhalten schon lange seine Gültigkeit verloren hat.

Was aber macht den offenbar so erstrebenswerten Multikulturalismus so naiv? Auch dies verdeutlicht Bosnien: das Fehlen jeden Bewusstseins, dass die Rolle des Staates lediglich ein Instrument für die Interessen einzelner ethnischer, religiöser oder nationaler Gruppen ist. Die Tragödie in Bosnien wurde vor allem durch den Zerfall des Staates ermöglicht – nicht im verträumten Sinne der marxistischen Lyrik, sondern in jener grundlegenden und konkreten Bedeutung, dass die staatlichen Behörden in Ex-Jugoslawien jegliche Autorität verloren hatten und als Folge davon, die Sicherheit des einzelnen Bürgers nicht mehr gewährleisten konnten. In diesem Machtvakuum konnten die verschiedenen nationalen und religiösen Gruppen mehr oder weniger erfolgreich und nachdrücklich ihre fanatischen Projekte verfolgen. Was als Fortsetzung der kommunistischen Nomenklatur mit einer multikulturellen Verteilung der Posten unter den drei Gruppen begonnen hatte, endete bald in einen Krieg um die Aufteilung der Beute beim Untergang des Landes.

Die Intervention des Westens, die viel zu spät erfolgte, sollte selbstverständlich keines dieser einzelnen Projekte unterstützen, sondern in diesem Gebiet eine Zentralmacht errichten, die Übergriffe gegen Zivilpersonen verhindern konnte. Nach Max Webers altem Begriff sollte sie wieder ein Gewaltmonopol in diesem Gebiet errichten, das, um mit Carl Schmitt zu sprechen, als Souverän den Ausnahmezustand einführen und auf längere Sicht eine Befriedung und Demokratisierung bewirken sollte. Die entscheidende Naivität des Multikulturalismus besteht darin, dass er weder die Rolle des Staates noch die der bürgerlichen Gesellschaft anerkennt. Er meint, eine Gesellschaft bestehe aus einer Reihe gleichgestellter Kulturen, reflektiert aber nicht, dass sie auch eine Summe ergeben müssen, eine gemeinsame normative Grundlage von Werten, auf denen die gesamte Gesellschaft beruht. Ein moderner demokratischer Staat setzt jedoch nicht nur formale demokratische Wahlverfahren, sondern auch eine demokratische Kultur voraus. Es mag recht schwer zu verstehen sein, worin das Ziel dieser "demokratischen Kultur" besteht – bei der es sich nicht um Kultur im "ethnologischen" Sinne handelt, die sich zu bestimmten Werten, Göttern, National Speisen, Trachten, Geschichten und so weiter bekennt, und darum keiner einzelnen der exotischen Kulturen des "Multikulturalismus" gleicht.

Diese Neutralität gegenüber all diesen "Werten", die auf das bewusste Desinteresse der Staaten der Aufklärungszeit an religiösen Fragen zurückgeht (Friedrich der Große: "Ich unterstütze weder Rom noch Genf"), kann im Gegenteil der demokratischen Kultur ein neutrales, graues und unsinnliches Äußeres verleihen. Dies aber ist gerade die Pointe: für die Nuancen müssen die Menschen selbst sorgen. Die demokratische Kultur geht von der Existenz einer "aufgeklärten Öffentlichkeit" aus, die die Voraussetzung dafür ist, dass die demokratischen Wähler, bevor sie ihr Kreuz machen, überhaupt die

Möglichkeit zur Orientierung haben. Die real existierenden Demokratien sind sich kaum einig darüber, woraus eine solche "aufgeklärte Öffentlichkeit" im Einzelnen besteht, ein Minimum an Voraussetzungen, auf die man sich einigen kann, lautet jedoch: allgemeiner Schulbesuch in einem koordinierten Schulsystem mit einem gewissen Standard, das Vorhandensein unabhängiger Universitäten, die eine Bildungselite garantieren und ein gewisses, minimales Niveau in der öffentlichen Debatte gewährleisten, eine seriöse, pluralistische Presse, freie Vereine, in denen einzelne Individuen ihre Interessen verfolgen können, eine Kontrolle des Staatsgebiets durch Armee und Polizei, die die Sicherheit des Individuums garantieren und keinen antidemokratischen Ideen Vorschub leisten, eine Volkswirtschaft, die den Bürgern einen gewissen Lebensstandard gewährleistet. In Jugoslawien waren diese Voraussetzungen entschieden nicht vorhanden. Das Schulsystem huldigte der Partisanen-Ideologie, die Universitäten standen unter kommunistischer und später unter nationalistischer Kontrolle, Presse und Fernsehen waren überwiegend der Kontrolle durch die Regierung oder dem Terror ausgesetzt, das Vereinsleben war eingeschränkt, eine politisierte Armee konkurrierte mit politisierten paramilitärischen Kräften, die Polizei war in Fraktionen aufgespalten und unterstand verschiedenen politischen Mächten, die Volkswirtschaft kränkelte und litt unter Überschuldung. Ein Staat, der so beschaffen ist, geht rasch seinem Ende als Staat im modernen, demokratischen Sinn dieses Wortes entgegen und man kann nicht erwarten, dass eine Schwächung der Zentralgewalt eines solchen Staates automatisch zur Demokratie führt. Eine weit verbreitete Sünde bei den naiveren Anhängern der Demokratie geht davon aus, das Nichtvorhandensein oder die Schwächung einer Diktatur bringe mit sich, dass die Demokratie als bis dahin lediglich unterdrückter Zustand besteht. Eine der Lehren im Falle Bosniens lautet: Demokratie ist kein "Naturzustand", der sich einstellt, sobald die Stärke ihrer Feinde nachläßt. Demokratie ist im Gegenteil ein äußerst komplizierter Zustand mit vielen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren, die über den Kern, über die bloße, formale Wahlprozedur hinausgehen.

Der Multikulturalismus erkennt dies nicht. In seiner frappierenden anthropologischen Naivität hat er kein Interesse an Presse, Armee, Polizei, Bildungssystem, Wirtschaft und so weiter. Er meint, beim Kulturbegriff handele es sich um den übergeordneten Gesellschaftsbegriff – und Kultur bestehe einfach aus verschiedenen, gleichberechtigten Wertesystemen. Wie kämen wir also dazu, unser westliches Wertesystem gegenüber den anderen, den ganz anderen durchzusetzen?

Dieser Vorstellung liegt ein so genereller Kulturbegriff zugrunde, dass die westliche Kultur mit ihrem ungeheuren Umfang hinsichtlich Zeit, Raum und Personen und ihren großen, inneren Unterschieden mit anthropologisch konstruierten, aus wenigen hundert Personen bestehenden "Kulturen" gleichgestellt wird. Das Interessante am Universalismus der säkularen westlichen Kultur besteht jedoch darin, dass er eines der wenigen tragfähigen Konzepte für das Zusammenleben verschiedener ethnischer Kulturen ist. Und dies ist ihm nur möglich, wenn er kompromisslos den Universalismus seiner grundlegenden Forderungen betont. Darum stellt er auch den Kulturen, die in demokratischen Staaten zusammenleben sollen, eine entscheidende Bedingung, – dass sie diese Forderungen anerkennen: Sie mögen ihre unterschiedlichen Götter verehren und ihnen dienen, sie mögen beliebigen Gebräuchen und Sitten bei Kleidung, Gastronomie, Namensgebung, Literatur nachgehen – so lange sie keine gegensätzlichen demokratischen Forderungen stellen. Demokratie und Universalismus kennen keine Kompromisse mit

irgendwelchen "ethnologischen" Kulturen. Im Gegenteil, diese Kulturen müssen sich auf die Demokratie einrichten. Und dieser Umstand wird darum auch ein Lebewohl an alle Vorstellungen von kollektiven Rechten mit sich bringen – die ewigen, von Gott gegebenen Forderungen der Serben auf den Kosovo, die Träume der bosnischen Moslems von einem tugendhaften Staat, den heiligen Krieg der dänischen Imame gegen westliche Werte, die Vorstellungen von besonderen Forderungen an Individuen mit bestimmtem ethnischen Hintergrund: Das Recht der Christen zum Islam überzutreten, genauso wie das Recht der Moslems zur Blasphemie und zum Austritt aus dem Islam.

Der Zugang zur demokratischen Gesellschaft wird nur gegen ein kleines, aber ganz wesentliches Pfand gewährt: der Verzicht darauf, ein auserwähltes Volk, eine privilegierte Gruppe, eine heilige Nation zu sein – zumindest in dieser Welt. Solche Träume müssen im Jenseits deponiert werden. Es mag überflüssig erscheinen im Jahr 2002 auf diese ganz grundlegenden Standards der Aufklärung aufmerksam zu machen, die zunehmende Zerstörungsideologie macht es jedoch notwendig.

Die Naivität des Multikulturalismus macht den Kulturbegriff zur religiösen Kategorie, zu einer Voraussetzung, die er unmöglich problematisieren kann. Doch selbst wenn es sich beim Multikulturalismus in gewisser Hinsicht um eine Art Metareligion handelt, die traditionelle Religionen unverdaut in sich birgt, so ist er gleichwohl ein irrationaler Aberglaube. Nach Ansicht Zygmunt Baumans besitzt der Multikulturalismus ungefähr die gleiche Struktur wie der Rassismus: beide teilen die Menschheit in statische Gruppen ein, die sich selbst am nächsten sind und die sich nicht in die Angelegenheiten der anderen Gruppen mischen. Während der Rassismus die Biologie zu seinen Aufteilungen missbraucht, missbraucht der Multikulturalismus die Anthropologie. Darum hat der Multikulturalismus mit dem Rassismus die Geschichtslosigkeit gemeinsam. "Kulturen" gelten als Güter an sich, weil sie als gegeben, fertig vorliegend, fast als immerwährend verstanden werden. Alles "Kulturelle" wird als bewahrenswert und wertvoll verstanden. Im Wesentlichen handelt es sich jedoch um das Verständnis eines Touristen für exotische Kulturen als kuriöse und interessante Ingredienz der Welt, als eine Art Würze. Nichts könnte für eine Charakteristik des Multikulturalismus von heute treffender sein, als die zynische Feststellung Carls Schmitts aus dem Jahre 1932: "Eine relativistische Bourgeoisie versuchte in einem verwirrten Europa alle denkbaren exotischen Kulturen zum Gegenstand ihres ästhetischen Verbrauchs zu machen." Noch zynischer ist es freilich, die eigene Kultur als zeitlose und abgeschlossene Größe zu verstehen, die – im Interesse unseres ästhetischen Genusses unverändert bleiben soll.

Kulturen sind Denkmäler, die in unaufhörlicher Entwicklung im Verhältnis zu den Problemen stehen, auf die sie treffen, und sie befinden sich in einem unaufhörlichen Kontakt mit anderen Kulturen, von denen sie mehr oder weniger lernen. Dies zu leugnen und an die ewige Unantastbarkeit der Kulturen zu glauben, steht hinter den rückwärts gewandten Fehldeutungen "uralten ethnischen Hasses" und ähnlichem. Diese Deutungen gehen davon aus dass der Krieg in Bosnien unvermeidlich gewesen sei, weil die Moslems schon unter den Türken konvertiert seien und weil der serbische Nationalismus fast 200 Jahre alt ist. Viele andere Nationalismen sind ebenso alt oder älter und haben nicht dieselben katastrophalen Konsequenzen. Kulturelle Erklärungen dieser Art zielen zu weit und übersehen deshalb die ganz aktuellen Ursachen des Krieges: dass er in einem Interessenkonflikt zwischen bewusst handelnden Menschen entstanden ist, die vorhandene nationale und ethnische Mythen und

Ideologien als Waffe reaktiviert haben.

Der Fall Bosnien verdeutlicht auch, an welchem Punkt der existierenden Demokratien sich diese Irrationalisierung festbeißen konnte: an der unreflektierten Verkettung von Nationalität und Demokratie. Dies geht zurück bis zur Französischen Revolution, wo die Verbreitung der demokratischen Werte mit der Revolutionsarmee Napoleons mit dem französischen Nationalismus einher ging. Und natürlich hat er sich durch den Umstand genährt, dass national homogene Staaten mit einer Landessprache eine praktische Basis für eine demokratische Öffentlichkeit bieten. Aber Nationalismus und politischer Liberalismus stehen nicht unbedingt in einem inneren Zusammenhang. Ihre Verkettung war eine Folge des Umstands, dass der einzige Zugang vieler europäischer Gebiete zur Demokratie im 19. Jahrhundert derselbe war, wie der Weg ihrer Bevölkerung zu nationalem Selbstgefühl – bei der Loslösung von einem der großen vordemokratischen Imperien, das den Kontinent bis zum Ersten Weltkrieg dominierte.

Die unterschiedlichen Grade des Wahnsinns der drei "Nationalitäten" in Bosnien verdeutlichen die Trennung zwischen Nationalismus und Demokratie – ebenso, wie der ganz entscheidende Gegensatz in Belgrad nicht zwischen Links und Rechts, sondern zwischen Nationalisten und Demokraten verläuft, die fast völlig getrennte Öffentlichkeiten unterhielten. (Was selbstverständlich nicht heißt, dass Nationalismen nicht auf demokratischem Grund formuliert werden können. Es müssen in diesem Fall aber Nationalismen sein, die beim Eintritt in die Demokratie den gleichen Pfand abgeben, wie es radikale Moslems, fundamentalistische Christen und andere Gruppen ablegen müssen.)

Darum können so unterschiedliche Erscheinungen wie die kompromisslose Belgrader Demokratin Sonja Biserko und der von Verschwörungstheorien besessene Mönch in Südbosnien mit der gleichen Erklärung Recht haben: Ex-Jugoslawien ist ein Laboratorium für die Konflikte, die anderswo gären, in einem Europa, in dem regionale und nationale Ideologien an Kraft gewinnen und in dem große Kontingente armer, unaufgeklärter moslemischer Lumpenproletariate unintegriert existieren. Ganz bestimmt haben die Demokratin und der Mönch aus unterschiedlichen Gründen aber Recht mit derselben Erklärung: der Mönch glaubt, die Konflikte treffen Westeuropa, weil die weltweite Verschwörung, die Serbien einkreiste, sich anschließend größere Ziele suchen wird. Biserko argumentiert, dass sich die Strukturen des radikalen Nationalismus wiederholen und formieren – inklusive der Verschwörungstheorien des Mönches, die die andere Seite des Multikulturalismus darstellen: Wenn wir keine gemeinsamen Grundlagen mit den anderen "kulturellen Gruppen" mehr haben, müssen wir Erzählungen über sie liefern und Verschwörungstheorien erdichten.

Ja, aber in einer Demokratie sollen doch alle Meinungen gleichberechtigt sein, lautet der natürliche Einwand. Selbstverständlich steht es den Bürgern einer Demokratie frei Standpunkte einzunehmen, die sie generell für gut halten – dies liegt in den grundlegenden Begriffen der Meinungs-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit. Doch bedeutet es nicht, dass die Demokratie zu Fall gebracht werden darf, wenn es eine Mehrheit innerhalb des Staates für angebracht hält für nationalsozialistische, kommunistische, großserbische, islamistische oder antidemokratische Ideologien zu stimmen. Entscheidend ist nicht, ob eine Mehrheit für solche Vorstellungen gestimmt hat, sondern ob ihre Vertreter bereit sind, weiterhin kontrollierte demokratische Wahlen abzuhalten und gegebenenfalls selbst abzutreten, wenn sich eine Majorität gegen sie ausspricht (und ob sie insgesamt die erwähnten Bedingungen für eine

demokratische Kultur aufrechterhalten wollen). Demokrat zu sein ist nicht gleichbedeutend mit dem Abonnement einer naiven, optimistischen Anthropologie, bei der man glaubt alle Menschen seien gut (und die Demokratie sei darum eine natürliche Konsequenz ihres Gutseins).

Eine stabile Demokratie muss eher von einer pessimistischen Anthropologie ausgehen, nach der der Mensch von Natur aus weder gut noch schlecht ist, sondern sich in gewissen Situationen hilfsbereit oder auch grausam verhält. Auf einer solchen Grundlage muss die Demokratie auf das Schlimmste eingestellt sein – sie muss die Anatomie des Hasses kennen, um dazu bereit zu sein, zu reagieren. Auch wenn die Bürger in einer Demokratie das volle Recht haben, alle beliebigen antidemokratischen Standpunkte einzunehmen, hat der demokratische Staat seinerseits das volle Recht, ja die Pflicht zur ständigen Überwachung solcher Personen mit Hilfe von Geheimdiensten. Auch der demokratische Staat hat, wie jedes Staatsgebilde, einen souveränen Kern, der das Überleben des Staates und seiner Bürger als erste Bedingung zur Fortführung der Demokratie sichern muss.

Aus einer konkreteren Perspektive gesehen stellt der Fall Bosnien natürlich die Frage nach der Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Im Rückblick ist das Verhalten der Europäischen Gemeinschaft äußerst peinlich. Vier Jahre lang konnte ein in der Mitte Europas tobender Krieg mit Konzentrationslagern und Vernichtungskriegen gegen die Zivilbevölkerung stattfinden, ohne dass es zu etwas anderem gekommen wäre, als zur Entsendung machtloser Diplomaten und Vermittler – gekoppelt mit einer bewussten Verschleierungstaktik vor allem von Seiten Englands, um die Gräueltaten vor der Weltöffentlichkeit geheim zu halten. Hinzu kamen die Spannungen zwischen den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere die kaum verhohlene Parteinahme Deutschlands und Frankreichs für Kroatien beziehungsweise Serbien. Letztendlich steht die demütigende Tatsache, dass die USA zum dritten Male im 20. Jahrhundert eingreifen und die Kastanien aus dem Feuer holen mussten. Im Gegensatz zu den beiden ersten Malen, als die Situation in Europa gelinde gesagt auf Messers Schneide stand und der Weltfrieden real bedroht war, handelte es sich beim dritten Mal um eine demütigende Parodie, weil die Europäische Gemeinschaft durchaus die militärische Stärke besaß, um das Nötige selbst zu unternehmen. Das Eingreifen der USA war im Übrigen nicht in jeder Hinsicht lupenrein, man denke an die Unterstützung der brutalen kroatischen Operation Sturm im Jahre 1995, die die Serben aus der kroatischen Krajina vertrieb, während die krajinaserbische Armee aus geheimnisvollen Gründen tatenlos zusah. Die Angelegenheit demonstrierte jedoch, dass die Europäische Gemeinschaft real unter dem Schutz der USA operiert – wie aber die "realistische Schule" der internationalen Politik immer gezeigt hat, ist die Kehrseite des Schutzes Gehorsam. Dass militärische Stärke jedoch nicht ausreicht, liegt selbstverständlich am Fehlen einer koordinierten Außenpolitik – auch die angestrebte EU-Armee mit einer ständigen Interventionstruppe und Logistik wäre ohne Außenpolitik ein gänzlich wertloses Werkzeug. Militärisches Eingreifen ist keine bloße technische Korrektur, es kann vielmehr nur vor dem Hintergrund politischer Entscheidungen erfolgen. Aber selbst in diesem Fall, in dem das übergeordnete Interesse der EU sehr einleuchtend sein könnte – dem Völkermord in der eigentlichen Einflussosphäre der EU Einhalt zu gebieten und einen Präzedenzfall für die Akzeptanz von nationalistischen Auseinandersetzungen in Osteuropa zu verhindern – selbst in diesem Fall war die EU zur Formulierung einer gemeinsamen Außenpolitik außerstande – teils auf Grund widerstrebender Interessen in der EU, teils auf Grund des Fehlens einer institutionellen Struktur innerhalb der Union, die zwischen diesen Interessen vermitteln konnte. In der Ära nach dem Kalten Krieg dürfte es auf

lange Sicht jedoch kaum beruhigend sein, dass die USA die einzige Supermacht auf der Erde sind. Die EU ist bereits seit langem ein wirtschaftlicher Riese aber nach wie vor ein politischer Zwerg. Dieses Ungleichverhältnis kann erst verändert werden, wenn die EU die Möglichkeit zu einer gemeinsamen, von militärischer Stärke untermauerten Außenpolitik erhält.

Melodrama und Zynismus

In einem solchen Szenario, in dem die Demokratie als Kultur Partikularismus und Fundamentalisten mit kollektiven Rechten jeder Art gegenübersteht, haben eine Reihe intellektueller Schemata ihre Gültigkeit verloren.

Der ursprüngliche Anlass zu diesem Buch war jene Beunruhigung, die uns in den Jahren 1992–93 erfasste, als wir erkannten, dass es mitten in Europa unter den Augen passiver internationaler politischer Kräfte – EU, NATO, USA – ein System von Konzentrationslagern und gut geplanter Völkermord gab. Wie sich seitdem herausstellte, versuchten Frankreich und England sogar aktiv den Umfang dieser Katastrophe zu verbergen, um nicht von ihrer eigenen Bevölkerung zum Eingreifen gezwungen zu werden. Diese Beunruhigung wuchs sich zu politischer Einsamkeit und Verzweiflung aus, als sich eine entsprechende Passivität beim politischen Establishment wie auch bei den europäischen Intellektuellen zeigte. Von besonderem Interesse war es für uns also, in diesem Buch die intellektuelle Beteiligung an der Katastrophe auf dem Balkan zu enthüllen – aber auch nach Gründen zu suchen, warum so viele europäische Intellektuelle außerhalb des Balkans von dieser Katastrophe geistig schachmatt gesetzt wurden – oder warum sie, soweit sie sie tatsächlich thematisierten, zu unzureichenden Kategorien und Schemata griffen.

Eines dieser Schemata ist die Idee der unschuldigen Seite. Nach diesem Schema muss der Politiker oder der Intellektuelle, wenn er sich für einen Konflikt interessiert, sich darauf konzentrieren einen unschuldigen Teil zu identifizieren, um seine Parteinahme kalibrieren zu können. Dann kann er seine Position "auf Seiten" der Unschuldigen gegenüber den Schuldigen einnehmen. Es existiert in einigen Varianten. Eine Variante aus dem marxistischen Erbe sucht nach dem "progressiven" Teil jeden Konflikts. Dieses Schema orientiert sich an einem eher übergreifenden Erklärungsansatz, der alle Ereignisse auf der Welt als Ergebnis des Kampfes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Regressiven und Progressiven versteht. Jeder Konflikt benötigt daher, wie man im alten Marxismus sagte, eine "Situationsanalyse", die die "progressive" Haltung zu diesem Konflikt ermittelt. Als sich dies im Falle Bosniens als unmöglich erwies, beschlossen die europäischen Linksintellektuellen, der Konflikt stehe in diesem Fall angeblich einer Parteinahme oder einem Eingreifen nicht offen und man müsse ihn sich selbst "austoben" lassen.

Dieses Schema von einem guten/unschuldigen/progressiven Teil ist von Grund auf verlogen. Bei Konflikten ist keine Seite komplett gut oder unschuldig und die Vorstellung, Geschichte finde wie in einem Comic zwischen regressiven und progressiven Kräften statt, ist lächerlich. Real ist dieses Schema mit dem Melodrama verwandt, sein komischer Charakter kann aber bis auf den heutigen Tag seine Lebenskraft im intellektuellen Haushalt nicht verringern. Kann man eine Seite in einem Konflikt ermitteln, zu der man hält, wird die Komplexität des Konfliktes plötzlich auf die eines Fußballspiels oder einer Abenteuergeschichte reduziert, und man kann seine eigenen prachtvollen Eigenschaften in der gewählten Seite spiegeln. In manchen Fällen kann man

sogar von einer solchen Parteinahme profitieren, weil sie dem Beobachter selbst besonderen Adel verleiht – Svetlana Slapsak hat dies in einem Essay sarkastisch als "die Heiligen der kleinen Nationen" bezeichnet (Svetlana Slapsak: "In der Populistenmaschine, Kritik, S. 157). Sie erläutert, wie sich Alain Finkielkraut und Bernard–Henri Lévy für Bosnien, Peter Handke jedoch für Serbien entschied – und daraufhin in den betreffenden Ländern gefeiert und verehrt wurden und Privilegien zugesprochen bekamen. Eine politische Entscheidung, eine Prinz–Valiant–Inkarnation, bei der es sich tatsächlich um die Tarnung eines Narzissmus handelt, bei dem man sich in einem unschuldigen Teil spiegelt (einer Staatsmacht, für deren reale Verbrechen man sich im gleichen Umfang verpflichtet, die Augen zu schließen).

Dieses Schema wurde von vielen Intellektuellen durchschaut, unglücklicherweise jedoch mit der Folge, dass man desillusioniert zu dem Schluss kam, alle Teile seien schuldig. Man ist sich sehr wohl im Klaren darüber, dass im Krieg alle Beteiligten grausam sind und kommt von dieser Erkenntnis zu dem Schluss, wenn das Schema des "unschuldigen Teils" nicht anwendbar ist, müssten alle Teile gleich schuldig sein. Dieses Schema operiert mit derselben verlogenen Koketterie wie der verschmähte Liebhaber, der enttäuscht ist und mit Frauen nie wieder etwas zu tun haben will. Eine zynische Haltung, die Macho–Journalisten sehr anspricht. Während des Bosnienkrieges wurde dieses Schema vor allem von Unterstützern der Serben angewendet – selbstverständlich wegen der überwältigenden Evidenz der auslösenden Rolle der Serben und ihres Übergewichts bei den Massakern während der Kriege – was sich häufig in Bezeichnungen ausdrückte wie "Bürgerkrieg", "uralter ethnischer Hass", "Kriegsparteien", als sei der Konflikt gleichsam so "kompliziert", dass man ihn "nuanciert" betrachten müsse – ohne dass es dazu kam. Im Gegenteil wurde das Gerede über die Komplexität des Konfliktes als Argument gegen jeden Versuch genutzt, seine innere Anatomie zu verstehen, als Argument dagegen, durch ein Eingreifen hätte es die Möglichkeit gegeben, den Konflikt zu stoppen.

Es war ein großes Unglück, sowohl für die europäischen Intellektuellen, als auch für die politischen Entscheidungsträger – von den Opfern ganz zu schweigen – dass diese beiden Schemata als einzige Möglichkeiten galten, den Konflikt zu betrachten. Konnte man nicht zu einer der beteiligten Seiten "halten", musste man erkennen, dass es sich um einen Bürgerkrieg handelte, bei dem alle Seiten schuldig waren. Die Wahrheit liegt natürlich anderswo. Keiner der Beteiligten war unschuldig – und dennoch gab es eine Seite, die serbischen Aggressoren, die die frühesten, umfassendsten und am besten koordinierten Vernichtungsaktionen unter der Zivilbevölkerung der Gegner vornahmen. Zur Verschleierung dieser simplen Tatsache eigneten sich beide Schemata. Denn überraschenderweise haben die beiden gegensätzlichen Schemata einige entscheidende Prämissen gemeinsam. Beide sprechen ganz unproblematisch von "Teilen", von "den bosnischen Serben" und den "bosnischen Muslimen" und meinen damit zugleich die politischen Eliten, die Machtinstanzen und die Bevölkerungsgruppen selbst. Es ist jedoch ein nationalistisches Vorurteil zu behaupten, dass solche klar definierten, "Beteiligten" existieren. Dass sie überhaupt identifiziert werden können, ist zunächst eine Konsequenz der Auflösung des Staates und des Verlustes des staatlichen Gewaltmonopols. Zunächst ist jede Gruppierung von einer gewissen Größe von internen Konflikten geprägt – so wie die SDA, Kräfte vom extremen Fundamentalismus bis hin zur wirklichen Demokratie in sich vereint, oder wie die bosnischen Serben, die alle vereint, von Radovan Karadzic bis zu Djordje Slavnic. Außerdem kann man zwischen einer Gruppe und ihrer politischen Führung keine Gleichheitszeichen setzen, vor allem nicht

bei der ex-jugoslawischen, bestenfalls labilen Demokratie.

Darum kann die Sympathie- oder Antipathie für eine oder mehrere politische Führungen der Beteiligten nicht automatisch auf die entsprechende Bevölkerungsgruppe ausgedehnt werden. Der Grund, warum im Jahre 1992 ein Eingreifen des Westens unerlässlich war, lautete, dass es einen sorgfältig geplanten Völkermord an den bosnischen Muslimen gab. Ob diese Personen sympathisch waren oder nicht, und in welchem Umfang sie den radikalen Islamismus Izetbegovics unterstützten, ist in diesem Zusammenhang völlig irrelevant. Dass man Verfolgungen bedingungslos verurteilen muss heißt keinesfalls, dass man deshalb die politische Haltung der Opfer verherrlicht oder ansonsten mit ihnen politisch einig ist – wie es beide Schemata voraussetzen. Der Grund für die Notwendigkeit einer westlichen Intervention lag also nicht darin, dass man eine Seite unterstützen musste, sondern dass man den Konflikt unter Kontrolle bekam, das Gewaltmonopol wieder errichtete und damit die Morde an unschuldigen Zivilisten aufhörten – von denen viele sich den Luxus der Demokratie leisteten, für niemanden Partei zu ergreifen.

Die zweite Prämisse, die beide Schemata teilen, geht davon aus, die Untaten der einen Seite hätten die der anderen Seite ausgeglichen. In der Zwangslage eines Krieges mag es häufig nötig sein, zu einem solchen Schluss zu kommen: wir müssen angreifen, bevor der Feind uns angreift. In den Augen eines außenstehenden Beobachters kann dies jedoch nicht in eine moralische Buchführung übertragen werden, in der die Konzentrationslager der einen Seite die der anderen rechtfertigen – wie häufig argumentiert wird: Ja, aber die Kroaten hatten schließlich Dretelj und die Bosnier Celebici – womit stillschweigend gemeint ist, das serbische Lagersystem sei damit entschuldigt und legitimiert. Ganz ungeachtet dessen, dass die serbischen Lager die ersten und die größten waren, ist dieses Auge um Auge, Zahn um Zahn Argument völlig unannehmbar. Schließlich können zwei Konzentrationslager, die auf der jeweils anderen Seite der Front liegen, von einem außenstehenden Beobachter kaum voneinander subtrahiert werden, damit sie Null ergeben. Im Gegenteil, eins plus eins ergibt zwei, was für Lager wie auch für Massaker gilt. Denn der Gesichtspunkt, den der Beobachter, ganz gleichgültig welchem Schema er anhing, bei seinem Interesse für die "Seiten" nicht berücksichtigte, war ja der des einzelnen, zivilen Bürgers. Und von einem solchen Standpunkt ausgehend, gleicht kein Massaker ein anderes Massaker aus – es fügt der Reihe nur ein weiteres hinzu.

Hinzu kommt, dass beide Begriffe ein diffuses Verständnis von "Schuld" haben. Die Frage nach der "Schuld" an einem Kriegsausbruch ist häufig äußerst kompliziert zu beantworten, wenn man zwischen mehreren Beteiligten abwägen muss. "Schuld" kann indessen, worauf Vojin Dimitrijevic aufmerksam macht, mit einer völlig anderen, empirisch leichter zu bewältigenden Bedeutung angewendet werden – einer Bedeutung, die von der Frage, wer angefangen hat, völlig absieht. Nämlich wenn man nach den verwendeten Mitteln fragt. Dies ist auch die Basis des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag – und genau darum handelt es sich nicht; nur um eine "Justiz der Sieger", wie manche moderne Charakterisierungen lauten. Seit der Genfer Konvention und den Nürnberger Prozessen nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es eine Regel für das Verhalten im Krieg, nach der man juristisch distanziert individuelle Taten bewertet, vom Schlachtfeld bis hinauf in die militärischen und politischen Entscheidungsinstanzen. Regeln, die für alle Seiten und für alle "Beteiligten" im Krieg gelten, und gerade diese Schuldfrage scheinen beide Schemata nicht erkennen zu können. Eine Hauptdimension in dieser Frage betrifft das Verhalten gegenüber der

Zivilbevölkerung.

Das Sonderbare ist, dass es keine intellektuelle Faszination oder moralische Motivation zu geben scheint, die dazu beiträgt, dass man den Standpunkt der Zivilbevölkerung einnimmt. Der Intellektuelle ist fasziniert, wenn "Beteiligte" wie auf einem Spielbrett umherziehen und man seine Solidarität in die großen Einheiten dieser Beteiligten investiert, sie verschieben und sie entfernen kann, während die Beteiligten sich über das Brett bewegen und mehr oder weniger integrierende Szenen zum Besten geben. Der Intellektuelle ist ergriffen vom Gedanken an historische Bewegungen, an ganze Völker, die geopfert werden, ganze Staaten, die stolz in die Zukunft verweisen, uralte ethnische Leidenschaften, die hervorbrechen, spontane Aufstände, unbändige Milizen, utopische Pläne. Intellektuelle sind fasziniert, wenn sie in solchen Szenarien entweder ihre Träume oder ihren Zynismus spiegeln können. Sie vergessen aber, dass die Handlungen der "Beteiligten", in die sie ihre Träume investieren, Menschen betreffen, deren Rechte grundlegender sind als kollektive, nationale, historische und andere folkloristische Rechte.

Published 2004-01-02

Original in Danish

Translation by Jörg Scherzer

© Jens-Martin Eriksen & Frederik Stjernfelt

© Eurozine